



Polizeieinsatz in Dortmund

September 2022 – Rechts- und Innenausschuss haben sich im September in mehreren Sitzungen mit dem Fall eines 16-Jährigen befasst, der bei einem Polizeieinsatz am 8. August in Dortmund erschossen worden war. Grundlage waren Berichte des Innen- und Justizministeriums (18/78, 18/84, 18/85, 18/104, 18/135, [18/173](#)). Justizminister [Dr. Benjamin Limbach](#) (Grüne) ergänzte im mündlichen Bericht am 7. September im Rechtsausschuss, die Polizeikräfte seien ausgerückt, um den Jugendlichen vor einem Suizid zu bewahren. Dass der Jugendliche dabei getötet wurde, mache „zutiefst betroffen“. Die Staatsanwaltschaft ermittle gegen fünf Polizeibeamte. Es liege ein Tonmitschnitt vor, der den Verlauf des Einsatzes bis zur Abgabe von sechs Schüssen dokumentiere. Die Abgeordneten stellten zahlreiche Fragen zum Tathergang – u. a. zur Schussfolge der eingesetzten Maschinenpistole, den Deeskalationsmaßnahmen sowie zur Biografie des Getöteten. Weitere, aber keine abschließenden Details zum Tatgeschehen wollte Minister Limbach im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nennen. Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) wies im Innenausschuss ebenfalls auf die laufenden Ermittlungen hin. Es dürften derzeit keine Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, die noch nicht vernommene Zeugen beeinflussen könnten. „Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren“, sagte Reul. Der Minister kündigte „vier konkrete Sofortmaßnahmen“ an. So werde man das Thema „Suizid“ in der Polizeiarbeit stärker in den Blick nehmen. Alle Leitfäden, Vorschriften und Handreichungen, die bei dem Einsatz eine Rolle gespielt hätten, sollen auf den Prüfstand. Bei Bodycams werde man eine „Aufnahmepflicht im zulässigen Rahmen“ prüfen. Bei Sprachbarrieren müsse geprüft werden, ob die Hinzuziehung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern gesichert sei und welche Sprachen die Polizeikräfte der jeweiligen Dienststelle selbst sprechen.

Tödlicher Angriff

8.9.2022 – Der gewaltsame Tod eines 25-jährigen Transmannes in Münster war Thema einer Aktuellen Viertelstunde im Innenausschuss. Die SPD-Fraktion hatte die Aussprache beantragt. Ein 20-Jähriger ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft tatverdächtig. Während des Christopher-Street-Days am 27. August 2022 soll er zunächst mehrere Frauen beschimpft und belästigt haben. Als der Transmann einschritt, habe der 20-Jährige, der Erfahrungen im Boxsport habe, ihn mit einem Fausthieb niedergestreckt. Das Opfer sei mit dem Hinterkopf auf den Asphalt geschlagen. Dabei habe der junge Mann ein schweres Schädel-Hirn-Trauma erlitten und sei später gestorben. Beim mutmaßlichen Täter gebe es Hinweise auf eine „Queerfeindlichkeit“. Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) sowie Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen drückten den Angehörigen des Opfers ihr Mitgefühl aus. Der 25-Jährige habe Zivilcourage bewiesen und dafür mit dem Leben bezahlt, sagte Reul. Für homophobe und transfeindliche Gewalt gelte die „Null-Toleranz-Linie der Landesregierung“. Queere Menschen müssten in Nordrhein-Westfalen angstfrei leben können. Der Innenminister sprach sich dafür aus, „queere Hasskriminalität“ künftig gezielter zu erfassen: „Was sind das für Menschen, die andere angreifen, weil sie eine andere sexuelle Orientierung haben?“

Regionalpartnerschaft

23.9.2022 – Die Mitglieder des Ausschusses für Europa und Internationales haben sich dafür ausgesprochen, in Zukunft eine Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und einer Region in der Ukraine einzurichten. Grundlage dazu ist ein Antrag ([18/609](#)) der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP,

der mehrheitlich angenommen wurde. Es sei der richtige Zeitpunkt, um der Solidarität Nordrhein-Westfalens gegenüber der Ukraine „mit der Anbahnung einer regionalen Partnerschaft Ausdruck zu verleihen“, heißt es im Antrag. Es gehe darum, den geflohenen Menschen zu helfen und ihnen beim Wiederaufbau zur Seite zu stehen. „Gerade jetzt, wo die Angriffe Russlands andauern und erste Ermüdungs- und Gewöhnungseffekte einsetzen, sendet Nordrhein-Westfalen mit dem Wunsch nach einer Regionalpartnerschaft ein starkes Signal“, schreiben die Fraktionen im Antrag. Die Landesregierung solle Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Ukraine, der Bundesregierung und weiteren Akteuren führen, „um die Möglichkeit und das ukrainische Interesse an einer nordrhein-westfälisch-ukrainischen Regionalpartnerschaft auszuloten“. Sofern Interesse der Ukraine an einer solchen Partnerschaft bestehe und unter Berücksichtigung des Kriegsgeschehens, sei zu prüfen, welche Region in Betracht komme.

Kinderschutzkommission

15.9.2022 – Auch in der 18. Wahlperiode wird sich eine Kinderschutzkommission für die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen einsetzen. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat die Einsetzung der Kommission als Unterausschuss einstimmig beschlossen. Der Landtag hatte dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/86](#)) bereits in seiner Sitzung am 30. Juni 2022 zugestimmt. Die Kommission hat elf Mitglieder. Erstmals hatte der Landtag im November 2019 die Einsetzung einer Kinderschutzkommission beschlossen. Hintergrund waren u.a. die Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe).